



Newsletter Regina Jäck

Wahlkreisabgeordnete
für Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop
Sprecherin für Menschen mit Behinderung

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit herzlichen Grüßen übersende ich Ihnen meinen aktuellen Newsletter, in dem ich Ihnen von meiner Arbeit in der Bürgerschaft und im Wahlkreis berichte. Ich freue mich auf Ihre Anregungen, Wünsche und Fragen.

Am 27. September haben wir in der Bürgerschaft einen historischen Beschluss gefasst: Der Standort der zukünftigen Bornplatzsynagoge wird an die Jüdische Gemeinde zurückgegeben. Die Stadt Hamburg soll den ehemaligen und zukünftigen Standort der Bornplatzsynagoge zurück in den Besitz der Jüdischen Gemeinde geben. Zwei Flurstücke auf und um den heutigen Joseph-Carlebach-Platz im Grindelviertel werden dazu an die Gemeinde übereignet. Dies sieht ein gemeinsamer Antrag der vier demokratischen Fraktionen von SPD, Grünen, CDU und Linken vor.

Herzliche Grüße

Ihre
Regina Jäck

Radtour entlang der U5-Trasse am 1. Oktober

Am 1. Oktober laden wir zu einer Radtour entlang der geplanten Trasse der neuen U5 ein.

Gemeinsam mit Lars Pochnicht und Andreas Dressel starten wir um 14 Uhr am HVV-Kundenzentrum auf dem Wochenmarkt.

Nächste Bürgerschafts- sitzung am 11. Oktober ab 13.30 Uhr

Unter der Seite [Bürgerschaft Live - Hamburgische Bürgerschaft - Hamburgische Bürgerschaft](#) kann die Sitzung am Sitzungstag live verfolgt werden.

Für gehörlose Menschen gibt es eine Übertragung in Gebärdensprache.

Infostand in Bramfeld: 13. Oktober, 10- 12 Uhr

Es geht weiter mit den Infoständen. Am 13. Oktober freuen mein Kollege Lars Pochnicht und ich uns auf Ihre Themen und Anregungen.

Sie finden uns von 10-12 Uhr am Infostand auf dem Bramfelder Wochenmarkt.

Aktuelle Stunde: HHLA- Einstieg von MSC ein großer Erfolg für den Wirtschaftsstandort Hamburg

Im Rahmen der Aktuellen Stunde haben wir am 27. September in der Bürgerschaft über den geplanten Einstieg der weltgrößten Reederei MSC bei der HHLA debattiert. Das ist dies ein großer Erfolg für die Hamburger Hafenwirtschaft und den Wirtschaftsstandort insgesamt.

Dazu Hansjörg Schmidt, unser wirtschaftspolitischer Sprecher: „Ein Engagement von MSC als Weltmarktführer steht Hamburg gut zu Gesicht. Der geplante Einstieg ist ein starkes Zeichen für die wirtschaftliche Stärke des Hamburger Hafens.“

Durch die Zusammenarbeit mit MSC, der Nummer Eins in der Schifffahrts- und Logistikbranche, wird der Hamburger Hafen zu einem noch attraktiveren Knotenpunkt für internationale Handelsrouten. Die Partnerschaft von MSC und HHLA bedeutet für Hamburg einen höheren Containerumschlag und Investitionen in die Hafeninfrastruktur.

Eine höhere Effizienz des Hafens führt wiederum zu einem höheren Ranking im globalen Vergleich. Dies ist ein entscheidender Schritt, um Hamburgs historische Rolle als Tor zur Welt zu festigen und ein Signal, das weltweit aufhorchen lässt.

Die Ladungssicherung am Hamburger Standort ist wichtig für die Hafenwirtschaft und ein entscheidender Schritt für unsere Stadt. Die Partnerschaft wird nicht nur bestehende Arbeitsplätze sichern, sondern auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen.“

Historischer Beschluss: Bürgerschaft gibt Standort der zukünftigen Bornplatzsynagoge zurück an die Jüdische Gemeinde

Die Stadt Hamburg soll den ehemaligen und zukünftigen Standort der Bornplatzsynagoge zurück in den Besitz der Jüdischen Gemeinde geben. Zwei

Flurstücke auf und um den heutigen Joseph-Carlebach-Platz im Grindelviertel werden dazu an die Gemeinde übereignet. Dies sieht ein gemeinsamer Antrag der vier demokratischen Fraktionen von SPD, Grünen, CDU und Linken vor, über den die Hamburgische Bürgerschaft in ihrer Sitzung am 27. September abgestimmt hat.

Vorausgegangen waren intensive Gespräche mit der Jüdischen Gemeinde und der Stiftung Bornplatzsynagoge. Der Beschluss legt einen wichtigen Grundstein für die Wiedererrichtung der Synagoge auf dem heutigen Joseph-Carlebach-Platz – fast ein Jahrhundert nach ihrer Zerstörung durch die Nationalsozialisten in der Reichspogromnacht 1938.

Dazu Dirk Kienscherf, unser Fraktionsvorsitzender: „Die neu errichtete Bornplatzsynagoge wird ein Wahrzeichen des jüdischen Lebens im Herzen unserer Stadt. Mit dem Bau entsteht ein offener Ort für Gebete, Feste und Begegnungen mitten in Hamburg. Vor mehr als 100 Jahren war die Errichtung der Bornplatzsynagoge ein Zeichen der Gleichberechtigung des jüdischen Glaubens in Hamburg. Ihre Schändung in der Reichspogromnacht 1938 und der perfide Zwang, dass die jüdische Gemeinde die Synagoge im Anschluss selbst abreißen musste, war ein widerwärtiger Angriff der Nationalsozialisten auf die Verankerung des Judentums in unserer Stadtgesellschaft. Die Jüdische Gemeinde musste das Grundstück schließlich unter Zwang für einen vergleichsweise geringen Betrag an die Stadt veräußern. Dieses Unrecht wurde auch nach dem Ende der Nazi-Diktatur nicht korrigiert. Das ist bis heute äußerst beschämend. Heute, fast ein Jahrhundert später, werden wir als Hamburgische Bürgerschaft mit einem eindrucksvollen Beschluss den Senat beauftragen, die längst überfällige Rückgabe des Grundstücks an die Jüdische Gemeinde einzuleiten. Dieser Beschluss, in einer Täterstadt des Nationalsozialismus, ist im Jahre 2023 ein gemeinsames starkes Zeichen aller Demokrat:innen Hamburgs in die Welt: Das jüdische Leben und die jüdische Gemeinschaft gehören fest zu Hamburg und zu Deutschland! Dieses gemeinsame Vorhaben von Bürgerschaft, Senat und jüdischer Gemeinde ist ein bedeutendes Zeichen für unsere weltoffene Stadt und gegen Antisemitismus, Hass und Ausgrenzung. Dafür danke ich allen Beteiligten.“

Dazu Jennifer Jasberg, Vorsitzende der Grünen Fraktion Hamburg: „Judentum und jüdisches Leben gehörten einst erkennbar und selbstverständlich zum Leben in Hamburg. Die Bornplatzsynagoge symbolisierte die gleichberechtigte Stellung der jüdischen Menschen in unserer Stadt. Später wurde die jüdische Gemeinde vom nationalsozialistischen Unrechtsstaat dazu gezwungen, die Synagoge abzureißen und zu einem schändlich geringen Preis zu veräußern. Infolge dieses Unrechts befand sich das Grundstück seitdem im Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg. Deshalb handelt es sich bei der heutigen Rückübertragung der Grundstücke auch keineswegs um eine Unterstützung oder Schenkung der Stadt. Die jüdische Gemeinde erhält vielmehr zurück, was ihr rechtmäßig gehört. Der geplante Neubau der Bornplatzsynagoge ist ein wichtiger Schritt in der Aufarbeitung der Stadt Hamburg mit der eigenen Vergangenheit im Nationalsozialismus. 85 Jahre nach dem Brand der alten Synagoge setzen sich alle demokratischen Fraktionen in der Hamburgischen Bürgerschaft für den Neubau ein. In Zeiten, in denen sich Antisemitismus, Ausgrenzung und totalitäres Denken vielerorts wieder ausbreiten, ist das mehr als ein symbolischer Akt. Heute wird das Fundament dafür gelegt, dass das jüdische Leben inmitten der Stadt seinen rechtmäßigen Platz zurückerhält.“

Dazu Dennis Thering, Vorsitzender der CDU-Fraktion Hamburg: „Jüdisches Leben gehört in die Mitte unserer Gesellschaft – deshalb setzen wir uns seit vielen Jahren für den Wiederaufbau der Bornplatzsynagoge ein. Diese wird ein starkes und sichtbares Zeichen gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben in Hamburg sein. Die Grundstücksübereignung an die Jüdische Gemeinde ist ein wichtiger Meilenstein für die neue Synagoge. Es erfüllt mich auch persönlich mit großer Freude, dass wir diesen wichtigen Schritt jetzt gemeinsam gehen. Als CDU-Fraktion unterstützen wir die Jüdische Gemeinde aus voller Überzeugung bei ihren weiteren Planungen für dieses große Herzensprojekt.“

Dazu Cansu Özdemir, Vorsitzende der Linksfraktion Hamburg: „Mit dem heutigen Beschluss der demokratischen Parteien, gehen wir gemeinsam einen bedeutsamen Schritt für den Wiederaufbau der Bornplatzsynagoge. Jüdisches Leben soll und wird in Hamburg sichtbarer werden. Dazu gehört selbstverständlich eine Synagoge mit anschließenden Räumen, die vielfältiges religiöses Leben und auch Begegnungen im Grindel ermöglichen. Der heutige Beschluss entschädigt nicht die Gräueltaten des Nationalsozialismus. Es ist aber ein wichtiges Signal, dass Politik und Zivilgesellschaft den Bau einhellig unterstützen und gemeinsame Schritte für den Bau der Synagoge unternehmen.“

Dazu Philipp Strichartz, Erster Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Hamburg: „83 Jahre haben wir auf Gerechtigkeit und Sichtbarkeit der jüdischen Präsenz am Hamburger Bornplatz gewartet. Mit dem heutigen Tag stellen die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft ein konkretes Stück Gerechtigkeit wieder her. Die Nazis wollten alles jüdische Leben unsichtbar machen. Der heutige Tag zeigt, dass Unrecht nicht siegt und das jüdische Hamburg eine Zukunft hat.“

Dazu Daniel Sheffer, Vorsitzender des Stiftungsrats Bornplatzsynagoge: „Der heutige Tag wird für alle Jüdinnen und Juden Hamburgs zu einem ‚Wendetag‘. Es ist der Sieg der Gerechtigkeit und des jüdischen Lebens in Hamburg über die Barbarei der Nazis. Mit dem 27. September 2023 sind wir nicht mehr die Wenigen, die den Raub als falsch empfinden, sondern ganz Hamburg bekennt sich zum Wiederaufbau der Bornplatzsynagoge.“

Im Hamburger Rathaus am 27. September

Am 27. September habe ich interessierte Bürgerinnen und Bürger in das Hamburger Rathaus eingeladen. Im Rahmen der Führung durch unser schönes Rathaus war Zeit für ein Foto vor dem Portrait von Paula Karpinski.



Ankerpunkte historisch-politischer Bildung und Netzwerke der Erinnerungskultur

Senat beschließt überarbeitetes Gedenkstättenkonzept der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte

Die Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen hat in den letzten Monaten, auch in enger Abstimmung mit Trägern und Initiativen, rund um bestehende oder in Entwicklung befindliche Gedenkorte in Hamburg das Gedenkstättenkonzept fortgeschrieben. Die Weiterentwicklung des Konzeptes nimmt die Erinnerung an das NS-Unrecht und damit verbundene Orte und Initiativen in Hamburg in den Blick. Dabei stellt das Konzept die Vielfalt der Orte und Themen in der Hamburger Erinnerungskultur dar, bietet eine Übersicht über das in den letzten Jahrzehnten Erreichte und die Entwicklungspotentiale bestehender Gedenkorte und formuliert Empfehlungen für die Sicherung und Weiterentwicklung der Erinnerungskultur und der Gedenkstättenlandschaft in den nächsten 10 Jahren.

Das Konzept spricht sich dafür aus, Gedenkstätten im öffentlichen Bewusstsein als bedeutsame Orte der historischen Wissensvermittlung, der Aufklärung und des reflektierten Umgangs mit der eigenen Vergangenheit und damit als Lernorte zu stärken. Dabei zeigt es den Planungsstand von insgesamt 16 konkreten Entwicklungsprojekten auf und stellt mit einem Stufenplan deren mögliche Umsetzungsschritte dar. Die Projekte umfassen bereits in der Umsetzung befindliche, wie die Ausgestaltung des Geschichtsortes Stadthaus zu einem Lernort in Verantwortung der Stiftung und dem Neubau des Dokumentationszentrums denk.mal Hannoverscher Bahnhof. Das Konzept zeigt aber auch mittel- und langfristige Entwicklungsperspektiven auf. Besonders freut es mich, dass auch der Lern- und Gedenkort Farmsen als Projekt im Gedenkstättenkonzept aufgenommen wurde. Gemeinsam mit allen Beteiligten kann so etwas Gutes für den Stadtteil und die Erinnerungskultur entstehen.

Das Gedenkstättenkonzept greift in enger Abstimmung mit den Trägern auch Planungen privater Initiativen auf und stellt diese in einen gesamtstädtischen Zusammenhang. Um diese unterschiedlichen Initiativen gut aufeinander abzustimmen sieht das Konzept zudem eine engere Vernetzung in der Gedenkstättenarbeit vor.

Das Konzept wurde durch den Gründungsvorstand der Stiftung, Prof. Dr. Detlef Garbe, in permanentem Austausch mit dem aktuellen Vorstand, Prof. Dr. Oliver von Wrochem, entwickelt.

Dr. Carsten Brosda, unser Senator für Kultur und Medien: „Ich bin dankbar für die wichtige Arbeit der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte und für die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Initiativen. Diese Arbeit bildet das Rückgrat für unsere engagierte Erinnerungsarbeit und ist eine wichtige Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Gedenkstätten in Hamburg. Das Gedenkstättenkonzept zeigt den Weg auf, wie wir das Gedenken weiter ausbauen und tiefer in die Gesellschaft verankern können. Denn Gedenken geht uns alle an. Für eine Zukunft in Frieden und Freiheit müssen wir die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus wachhalten.“

Prof. Dr. Oliver von Wrochem, Vorstand Stiftung Hamburger

Gedenkstätten und Lernorte: „An die Gedenkstättenarbeit werden aktuell steigende Erwartungen gerichtet. Aufgrund der zunehmenden historischen Distanz und sich verstärkender rechter Tendenzen werden Gedenkstätten als zentrale Orte der Aufklärung noch bedeutsamer und reagieren mit innovativen Konzepten und Gegenwartsperspektiven auf die gesellschaftlichen Herausforderungen. Bei der intensiven Vernetzung der erinnerungskulturellen Akteure in der diversen Stadtgesellschaft kann unsere Stiftung eine Scharnierfunktion übernehmen.“

Das vollständige Gedenkstättenkonzept finden Sie auf der Webseite der Stiftung:
<https://www.gedenkstaetten-hamburg.de/de/stiftung>.

Mehr Inklusion durch Unterstützte Kommunikation

Stiftung Alsterdorf und Landeszentrale werben mit Erklärfilm für mehr Verständigung

Menschen, die nicht sprechen können, drücken sich anders aus. Zum Beispiel durch Handbewegungen oder ihren Gesichtsausdruck. Auch Bilder und Technik können ihnen bei der Kommunikation helfen, etwa Symboltafeln oder Tablets und Smartphones. Diese Hilfsmittel und Methoden nennt man Unterstützte Kommunikation. Um auf die besondere Situation von Menschen, die in ihrer Kommunikation beeinträchtigt sind, aufmerksam zu machen, haben die evangelische Stiftung Alsterdorf und die Landeszentrale für politische Bildung gemeinsam einen Erklärfilm zur Unterstützten Kommunikation herausgebracht.

Das Recht auf Kommunikation ist im Grundgesetz (§ 3 Absatz 3) und in der UN-Behindertenrechtskonvention (Artikel 24 Absatz 3) festgeschrieben. Dieses Recht gilt auch für Menschen, die bei der Kommunikation auf Unterstützung angewiesen sind. Unterstützte Kommunikation bezeichnet eine Reihe von Methoden, Hilfsmitteln und Strategien, die Menschen mit eingeschränkter oder fehlender Sprach- und Kommunikationsfähigkeit dabei helfen, sich besser auszudrücken und verstanden zu werden. Hilfsmittel können dabei Symbole, Gebärden, Gegenstände und Rituale, aber auch die Einbeziehung der Bezugspersonen sein.

Mit einem Erklärfilm wollen die Stiftung Alsterdorf und die Landeszentrale für mehr Verständigung und Verständnis werben. In den Arbeitsfeldern der Stiftung Alsterdorf spielt Unterstützte Kommunikation (UK) eine wichtige Rolle. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden in diesem Fachgebiet geschult. Ziel ist, die Kommunikation und Mitbestimmung von Menschen mit schwer verständlicher oder fehlender Lautsprache zu verbessern. Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in einer inklusiven Gesellschaft ist Grundlage der Arbeit der Stiftung Alsterdorf und auch der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, weshalb beide Einrichtungen nun einen Erklärfilm herausgebracht haben.

Der 90-sekündige Film zeigt auf einfache und unterhaltsame Weise, was Unterstützte Kommunikation ist und sensibilisiert das gesellschaftliche Umfeld von kommunikations-beeinträchtigten Menschen für deren besondere Situation. Der Film vermittelt Informationen über einfache Formen der Kommunikationsunterstützung, wie zum Beispiel grundlegende Symbole und Gebärden und technische Hilfsmittel.

Der Film ist auf den Websites beider Einrichtungen abrufbar:

<https://www.alsterdorf.de/start.html> und <https://www.hamburg.de/politische-bildung/veranstaltungen/17249378/unterstuetze-kommunikation/>

Projekt zeigt Hamburger

Erinnerungsorte von Geflüchteten aus der DDR

Die Geschichten von Menschen, die aus der DDR geflüchtet und in Hamburg angekommen sind, waren bisher kaum sichtbar. Es fehlte das Wissen um Orte, die etwa an das Ankommen in der Hansestadt erinnern. Das ändert sich nun: Im Rahmen eines Forschungsprojektes haben Zeitzeuginnen und Zeitzeugen ihre persönlichen Erlebnisse geschildert. Sie werden in fünf Audiotouren und einer Ausstellung erlebbar. Am 2. Oktober 2023 wird die Eröffnung gefeiert.

Insgesamt 80 Menschen hatten sich auf den Aufruf gemeldet, mit dem die Verantwortlichen des Projektes „Orte der (Un-)Sichtbarkeit“ sich im vergangenen Jahr an die Öffentlichkeit gewandt hatten. Sie suchten ehemalige DDR-Bürgerinnen und -Bürger, die nach Hamburg geflüchtet oder ausgereist waren und die die Orte zeigen würden, die sie mit Flucht, Ankommen und Leben in der Hansestadt verbinden.

Auf Basis von Gesprächen sowie zusätzlichen ausführlichen Interviews mit 18 der Zeitzeuginnen und -zeugen sind nun fünf multimediale Touren zu 16 Stationen im Hamburger Stadtgebiet entstanden. Anhand individueller Schicksale, spezieller Orte oder spezifischer Jahre von 1953 bis zum Fall der Mauer wird so die Erinnerung an die DDR und das Ankommen in der Hansestadt erlebbar. Eine Ausstellung im Universitätsmuseum gibt Einblick in die Touren und stellt das Projekt vor.

Ab dem 2. Oktober sind die Touren zu den „Orten der (Un-)Sichtbarkeit“ online verfügbar. Sie führen unter anderem nach Finkenwerder, an den Jungfernstieg und in den Hamburger Osten nach Wandsbek. Neben der audio-geführten Tour gibt es jeweils auch eine detaillierte Beschreibung mit ergänzenden historischen und aktuellen Fotos und Dokumenten.

Am 2. Oktober wird zudem um 17:00 Uhr im Agathe-Lasch-Hörsaal des Hauptgebäudes der Universität die korrespondierende Ausstellung „Orte der (Un-)Sichtbarkeit“ eröffnet. Eingeladen sind unter anderem die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die sich für das Projekt gemeldet haben, sowie ihre Familien. Grußworte sprechen Sabine Bamberger-Stemmann sowie Prof. Dr. Thorsten Logge, Theresa Hertrich und Jan Krawczyk und Prof. Dr. Silke Segler-Meißner, die Dekanin der Fakultät für Geisteswissenschaften.

Universitätspräsident Prof. Dr. Hauke Heekeren: „Dieses Kooperationsprojekt zeigt, wie nah Wissenschaft an den Menschen und ihrem Leben sein kann. Sie reicht im wahrsten Sinne des Wortes in die Hansestadt hinein und die Forschungsergebnisse werden insbesondere in den multimedialen Touren für alle Interessierten direkt erlebbar. Es wird eine bedeutende Zeit der deutschen Geschichte neu beleuchtet, lokal verbunden und auf neue Art erfahrbar gemacht. Das Projekt ist ein hervorragendes Beispiel für Wissenstransfer, das hoffentlich viele Nachahmerinnen und Nachahmer findet.“

Dr. Sabine Bamberger-Stemmann, Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung: „Das Projekt bietet die große Chance, aktuelle Forschung direkt in die politische Bildung für die Menschen in unserer Stadt fließen zu lassen. Wir alle können damit wichtige Orte und Ereignisse der deutschen Teilung direkt in unserer Stadt finden und damit neu kennenlernen. Gerade im Themenbereich deutsche Teilung und DDR ist das eine seltene Möglichkeit. Umso dankbarer bin ich unseren Partnern und den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen.“

Prof. Dr. Torsten Logge, Leiter des Forschungsprojektes: „Die

multimedialen Touren laden dazu ein, bisher eher unbekannte Orte der DDR-Migrationsgeschichte in Hamburg kennenzulernen. Sie machen es aber auch möglich, vermeintlich bekannte Orte durch die Geschichten der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen noch einmal ganz neu zu entdecken.“

Die Ausstellung läuft bis März 2024 und kann ab dem 4.10. im Unimuseum zu den Öffnungszeiten (Di 10:00 – 14:00 Uhr, Do 15:00 – 19:00 Uhr, Sa 14:00 – 18:00 Uhr) besucht werden. Der Eintritt ist frei. Am Tag der Deutschen Einheit (3.10.) ist die Ausstellung von 11:00 – 18:00 Uhr zugänglich, um 15:30 Uhr gibt es zudem eine Führung mit den Kuratorinnen und Kuratoren. Weitere Termine für Führungen dieser Art: 5.10., 2.11., 7.12., 4.1. und 1.2.2024, jeweils um 15:00 Uhr. Bei den Führungen wird es auch die Möglichkeit geben, mit Zeitzeuginnen und -zeugen ins Gespräch zu kommen.

Darüber hinaus sind zahlreiche Workshops und Lesungen in der Ausstellung geplant, etwa mit Nicole Weis („Elbe 511“, 17.10.) und Aron Boks („Nackt in die DDR“, 31.10.). Alle Termine und Informationen, etwa für Schulen und Bildungseinrichtungen, gibt es online unter: www.orte-der-unsichtbarkeit.de.

Das Forschungsprojekt „Orte der (Un-)Sichtbarkeit“ ist eine Kooperation des Arbeitsfeldes Public History der Universität Hamburg und der Landeszentrale für Politische Bildung Hamburg. Es wird ermöglicht und finanziert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien im Bundesprogramm „Jugend erinnert“ und unterstützt von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Sozial benachteiligte Kinder sollen in der Schule gezielt und besser gefördert werden

Bund und Länder verständigen sich auf Eckpunkte für das neue Startchancenprogramm

Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger und die Kultusministerinnen und -minister der 16 Bundesländer wollen ab dem Schuljahr 2024/25 Kinder aus bildungsfernen Familien und Schulen in sozial schwieriger Lage gezielt mit jährlich rund zwei Milliarden Euro fördern. Die Beteiligten verständigten sich jetzt auf die entscheidenden Eckpunkte für das neue „Startchancenprogramm“. Demnach stellt der Bund den Ländern ab Sommer 2024 zehn Jahre lang jährlich zusätzlich eine Milliarde Euro zur Verfügung, die Länder ergänzen die Bundesförderung mit bestehenden oder zusätzlichen Mitteln in gleichem Umfang. Rund zehn Prozent aller Schulen und Schülerinnen und Schüler sollen im Rahmen des Startchancenprogramms erhebliche Unterstützung durch bessere schulische Sozialarbeit, zusätzliche pädagogische Fördermaßnahmen und eine bessere Ausstattung der Schulen sowie beim Schulbau bekommen. Mit dem neuen Programm begegnen Bund und Länder den sinkenden schulischen Leistungen vieler Schülerinnen und Schüler. Hamburgs Schulsenator und Koordinator der SPD-geführten Kultusministerien Ties Rabe: „Ich freue mich sehr über das Verhandlungsergebnis.“

Unser Schulsenator Ties Rabe: „Erstmals sollen im Rahmen eines Bund-

Länder-Programmen Kinder aus bildungsfernen Familien ganz gezielt gefördert werden. Das ist richtig und wichtig. Denn deren Zahl ist in den letzten Jahren erheblich gewachsen, entsprechend niederschmetternd waren die Ergebnisse der letzten Lernstandserhebungen in den meisten Bundesländern. Hier setzt das Programm gezielt an und ergänzt die großen Anstrengungen vieler Bundesländer. Das Startchancenprogramm ist ein wichtiger Schritt, weil es erstmals schulische Fördermaßnahmen auf sozial benachteiligte Kinder konzentriert. Das macht Mut für eine gelingende Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Es darf aber keinesfalls dazu führen, dass der Bund im Gegenzug andere Programme im Schulbereich wie zum Beispiel den Digitalpakt kürzt. Länder und Kommunen finanzieren mehr als 95 Prozent des Schulsystems, deshalb muss der Bund seine Zusagen für seinen ohnehin sehr kleinen Anteil einhalten.“

Seit den Sommerferien hatte eine Arbeitsgruppe mit den Staatssekretärinnen und Staatssekretären der Bundesländer Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sowie des Bundesbildungsministeriums in intensiven Verhandlungen die entscheidenden Eckpunkte für das neue Programm erarbeitet. In den nächsten Wochen sollen die letzten Details geklärt werden und dann im Rahmen einer so genannten Verwaltungsvereinbarung vom Bundesbildungsministerium sowie den 16 Bundesländern verabschiedet werden. Die Länder sollen durch dieses Verfahren mindestens ein halbes Jahr Vorbereitungszeit zur Umsetzung des neuen Programms bekommen.

Das Programm startet zum 1. August 2024 und läuft über zehn Jahre. Nach fünf Jahren prüfen Bund und Länder die bis dahin geleistete Arbeit. Aufgrund der unterschiedlichen sozialen Lage der Familien in den Bundesländern richtet sich die Höhe der Fördermittel pro Land abweichend von den üblichen Programmen nach sozialen Rahmenbedingungen wie der Zahl der Kinder und Jugendlichen aus armutsgefährdeten Familien und Familien mit Migrationshintergrund sowie in geringerem Umfang nach dem Brutto-Inlandsprodukt der Länder. Entsprechend verteilen die Länder die Fördermittel innerhalb des jeweiligen Landes nicht mit der Gießkanne, sondern gezielt auf Schulen und Schülerinnen und Schüler in sozial schwieriger Lage, das sind etwa zehn Prozent der rund 40.000 allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen bzw. zehn Prozent der rund elf Millionen Schülerinnen und Schüler.

40 Prozent der Fördermittel sollen für den Schulbau und eine bessere Ausstattung der Schulen eingesetzt werden. 30 Prozent fließen in die schulische Sozialarbeit. Damit ist es rechnerisch möglich, jeder Schule in sozial schwieriger Lage eine volle Stelle für schulische Sozialarbeit zuzuweisen. Weitere 30 Prozent der Mittel fließen in verbesserte pädagogische Angebote, beispielsweise zusätzliche, gezielte Lernförderung in den Kernfächern Deutsch und Mathematik. Weil insbesondere in den ersten Schuljahren die entscheidenden Weichen für den Bildungserfolg gestellt werden, sollen 60 Prozent aller Mittel den Grundschulen und 40 Prozent den weiterführenden und berufsbildenden Schulen zur Verfügung gestellt werden.

Unser Schulsenator Ties Rabe: „Mit dem Programm können wir Hamburgs Schulen in sozial schwieriger Lage jedes Jahr mit zusätzlich 20 Millionen Euro fördern. Wir gehen derzeit davon aus, dass rund 80 Hamburger Schulen von dem Programm profitieren werden. Mit den zusätzlichen Investitionsmitteln können wir zum Beispiel den Neubau und die Sanierung von Schulgebäuden, die Möblierung und Ausstattung der Unterrichtsräume sowie die Aufenthaltsqualität in der Schule und auf dem Schulgelände verbessern. Darüber hinaus können wir die schulische Sozialarbeit erheblich verstärken und so die sozialen Probleme und Nöte der Kinder und Jugendlichen verringern sowie ihre Motivation verbessern. Besondere Hoffnung setze ich auf die zusätzlichen Mittel für gezielte pädagogische Maßnahmen. Bereits mit den Hamburger Corona-Aufholprogrammen wie beispielsweise den Lernferien oder zusätzlichen Förderangeboten am Nachmittag haben wir in Hamburg gute Erfahrungen gemacht. Hamburg hat schon jetzt eine seit Jahren bewährte Förderstruktur an den Schulen, so dass wir es leicht haben, die zusätzlichen Mittel einzusetzen.“

Schulsenator Rabe weiter: „Das Bundesprogramm erweitert die seit Jahren in Hamburg etablierte umfangreiche Förderung für benachteiligte Schülerinnen und Schüler. Dazu zählen beispielsweise die Sprachprüfung und die ergänzende

Sprachförderung für Kinder ab der Vorschule, kostenlose Lernförderung am Nachmittag für alle Kinder und Jugendlichen, kleinere Klassen in den Grundschulen in sozial benachteiligten Stadtteilen, kleinere Klassen an Stadtteilschulen sowie eine umfangreiche Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Insgesamt wendet Hamburg für die Förderung von benachteiligten Schülerinnen und Schülern rund fünf Mal so viele Mittel auf wie das neue Bundesprogramm umfasst.“

Das Startchancenprogramm ist Teil des 2020 beschlossenen Koalitionsvertrages. Es soll dazu beitragen, die seit Jahren zurückgehenden schulischen Leistungen der Schülerinnen und Schüler wieder zu verbessern. Zuletzt hatten Lernstandsuntersuchungen wie der nationale „IQB-Bildungstrend“ sowie die internationale „IGLU-Studie“ nachgewiesen, dass in Deutschland wie in den meisten anderen westeuropäischen Ländern die Leistungen der Grundschülerinnen und Grundschüler in den Basiskompetenzen wie zum Beispiel im Lesen deutlich zurückgehen. Zurückgeführt wird dieser Trend auf die erheblich wachsende Zahl von Kindern aus bildungsfernen Familien, die von ihren Familien nur wenig Rückenwind für einen besseren Lernerfolg und eine gelingende Schulzeit bekommen.

Tag der Deutschen Einheit 2023: in Hamburg Deutschlands Einheit feiern

Am 2. und 3. Oktober 2023 richtet Hamburg die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit aus. Dazu gehört auch das Bürgerfest an der Binnenalster: Das Festival der Einheit bietet seinen Gästen aus Hamburg und aus den anderen Bundesländern spannende Inhalte und einzigartige Erlebnisse - und mit der „Nacht der Einheit“ ein ganz besonderes kulturelles Highlight.

„Horizonte öffnen“: Das ist das Motto, unter dem – genau wie die Hamburger Bundesratspräsidentschaft – auch das Bürgerfest in Hamburg steht. Es soll die Vielfalt, Modernität und Weltoffenheit Deutschlands erlebbar machen, die neue Perspektiven für die Zukunft des wiedervereinigten Deutschlands eröffnen. Hamburg wird sich dabei von seinen besten Seiten zeigen: bunt, inspirierend und international. Die Gäste erwartet eine spannende Mischung aus Information, Unterhaltung und Aktionen zum Mitmachen, Mitdenken und Erleben.

Von Politik zum Anfassen bis zu den Ideen für morgen: Highlights des Bürgerfests in der Innenstadt

Das „Bürgerfest – ein Festival der Einheit“ findet am 2. und 3. Oktober 2023 an der Binnenalster, auf dem Rathaus- und dem Gänsemarkt sowie in der Mönckebergstraße und auf den angrenzenden Plätzen statt. Auf der **NDR Alsterbühne** – sie befindet sich auf einem Ponton vor der Treppenanlage am Jungfernstieg – sorgen namhafte Künstlerinnen und Künstler für gute Unterhaltung, darunter Stefanie Hempel und Überraschungsgäste, Michael Schulte sowie Alex Christensen & Friends.

Die „**Nacht der Einheit**“ am 2. Oktober 2023 ist der unterhaltsame Übergang zum Tag der Deutschen Einheit und ein einmaliges Erlebnis – mit Musik, Tanz, Infotainment und zahlreichen kulturellen Höhepunkten in der Innenstadt. Ob

PoetrySlam im Jupiter, Hip Hop Streetdance in der Europapassage, Impro-Theater in der Patriotischen Gesellschaft, Lichtkunst an der Galerie der Gegenwart, Musik auf den Bühnen und in den Kirchen oder Polit-Talk, Kino und Ausstellungen: Bis Mitternacht lässt sich hier kulturelle Vielfalt hören, sehen und erleben.

Auf der traditionellen **Ländermeile** können Besucherinnen und Besucher eine Deutschlandreise unternehmen, ohne Hamburg zu verlassen: Alle Bundesländer zeigen durch originelle Präsentationen die Vielfalt ihres Landes und damit auch Deutschlands – von Menschen und Landschaften über Institutionen aus Kultur, Wissenschaft und Politik bis zu gastronomischen und musikalischen Angeboten.

Auf dem Rathausmarkt, im Innenhof des Rathauses und in der Handelskammer stellen die **Verfassungsorgane** Bundesrat, Bundestag, Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht ihre Aufgaben und Arbeit vor. Im nachgebauten Plenarsaal kann man in die Rolle von Bundestagsabgeordneten schlüpfen, Bundesministerinnen und Bundesminister bieten Bürgergespräche an und der Bundesrat bietet Infotainment auf dem Rathausmarkt.

Young Future Lab

Networking, Workshops, Edutainment: Das Young Future Lab auf dem Gänsemarkt ist Zukunftswerkstatt, Think Tank und Hotspot für alle, die heute schon unsere (Um-)Welt von morgen gestalten. Auf Aktionsflächen und einer großen Bühne diskutieren Influencer, finden Workshops statt und wird beim ScienceSlam Wissenschaft unterhaltsam auf den Punkt gebracht. Dabei sind unter anderem die Landeszentrale für politische Bildung, die Hamburger Stiftungstage, Seed e. V., das GIGA (German Institute for Global and Area Studies) und „Use the news“.

Nachhaltigkeit wird großgeschrieben

Entlang des Neuen Jungfernstiegs präsentieren rund 35 Institutionen, Vereine und Unternehmen ihre Nachhaltigkeitsprojekte, klären über die Nachhaltigkeitsziele der UN auf und machen Nachhaltigkeit erlebbar – zum Beispiel mit einer Fahrrad-Disco. Inspiration liefern unter anderem die interaktive Kunstausstellung Art for Trees und EcoNation mit ihrer interaktiven App für das Abfallrecycling, die auch direkt auf dem Bürgerfest für die praktische Umsetzung des Abfallkonzepts eingesetzt wird. Ein Forum für den breiten Austausch über nachhaltige Handlungsfelder bietet die Speakers' Corner. Das Alsterufer wird bei Beginn der Dämmerung vom Cluster Erneuerbare Energien Hamburg mit Hilfe einer wasserstoffangetriebenen Lichtinszenierung eindrucksvoll illuminiert.

Den Fortschritt live erleben

Wie die Digitalisierung unser Leben erleichtert, zeigt Hamburg am westlichen Ende des Jungfernstiegs zwischen Große Bleichen und Colonnaden. Hier gibt es spannende digitale Facetten des Alltags zu entdecken, darunter innovative Lösungen für die Mobilität von morgen, Neues zum digitalen Lernen und Studieren, mehr über Künstliche Intelligenz, innovative Start-ups und Projekte für eine moderne Verwaltung.

Weitere Veranstaltungsbereiche

Über 60 Vereine, Stiftungen und Institutionen aus den Bereichen Engagement, Kultur, Sport, Wissenschaft und gesellschaftliches Leben stellen ihre Arbeit am Ballindamm vor. Hier ist der Treffpunkt für alle, die sich zivilgesellschaftlich engagieren und für ein starkes, vielfältiges Gemeinwesen einsetzen. Auf der **Vereinsmeile** sorgen unter anderem Hamburg Pride e. V. und BID Reeperbahn auf Bühnen für eine beschwingte Stimmung, Hochschulen und Forschungseinrichtungen bieten spannende Einblicke in die zahlreichen Projekte und Institutionen des Wissenschaftsstandortes Hamburg, die Active City Initiative sowie verschiedene Hamburger Sportvereine bringen Sportbegeisterte in Bewegung. Darüber hinaus informieren verschiedene Bundesinstitutionen über Themen der SED-Diktatur.

Ein besonderes Highlight steuert auch das **Miniatur Wunderland** zum Bürgerfest bei. Gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung wurde eine Ausstellung unter dem Titel „Die geteilte Stadt – eine bebilderte Geschichte

der deutschen Teilung und Wiedervereinigung“ konzipiert, die die innerdeutsche Nachkriegsgeschichte, Wiedervereinigung und das Leben nach dem Mauerfall anhand von neun außergewöhnlichen und einmaligen Miniaturwelten darstellt.

Auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz zeigt Hamburg seine **Internationalität**. Hier finden die Gäste das Tor zur Welt, für das Hamburg bekannt ist: Über 40 in Hamburg ansässige Konsulate präsentieren mit bunten Ständen die Beziehungen ihrer Länder zur Hansestadt, der Pakt für Solidarität und Zukunft zwischen Hamburg und Kyiv informiert über seine Projekte, Hafen Hamburg Marketing stellt den Hafen mit seinen weltweiten Verbindungen vor und die Europa-Union sowie Unicef Hamburg berichten von ihrer Arbeit. Darüber hinaus können die Besucherinnen und Besucher die Vielfalt der in Hamburg lebenden internationalen Communities entdecken. Im Mittelpunkt stehen Information, Mitmach-Aktionen, Kultur und internationale Kulinarik. Ein facettenreiches Bühnenprogramm, moderiert von Nathalie Strauß von Radio Hamburg, mit kulturellen Beiträgen sowie Talks zu Hamburgs Städtepartnerschaften und seinen weiteren Verbindungen in alle Welt, rundet den internationalen Auftritt ab.

Polizei und Feuerwehr, Bundeswehr und Zoll sowie viele Hilfsorganisationen bilden zusammen eine **Blaulichtmeile** in der Großen Johannisstraße und auf dem Adolphsplatz. Spannend für Technikbegeisterte sind insbesondere die ausgestellten Spezialfahrzeuge, darunter ein Boot der Wasserschutzpolizei, Löschfahrzeuge und mehrere historische Polizeimotorräder.

Rund um die St. Petri-Kirche und den Speersort sowie in den Colonnaden gibt es spannende Angebote für die Kleinen und Kleinsten in den Familienbereichen. Die Elbkinderland-Chöre treten gemeinsam mit Musiklegende Rolf Zuckowski auf, ein großer Fahrrad-Parcours, Aufführungen des Verkehrskaspers oder die Rabauken vom FC St. Pauli laden ebenso zum Verweilen ein wie der Verein KinderKinder e. V., der Kinderrechte interaktiv präsentiert.

Die **Metropolregion Hamburg** ist die Heimat von fünf Millionen Menschen im Norden Deutschlands. Er ist ein starker Wirtschaftsraum mit vielen innovativen Unternehmen. An der Reesendammbrücke zwischen Jungfernstieg und Ballindamm zeigt die Region ihre Vielfalt – und was sie für die Zukunft plant.

Auf der offiziellen Event-Webseite www.tag-der-deutschen-einheit.de/programm/ finden sich alle Programmpunkte stets aktuell sowie Informationen für die Nachbarschaft und Anlieger.

Ausstellung „Gewachsen. Geteilt. Geeint. Grenzgeschichte(n)“

Die Ausstellung erzählt die Geschichte, Entwicklung und Prägung der Region mit ihrer rund 300 Kilometer langen ehemaligen innerdeutschen Grenze. Sie ermöglicht Einblicke in die Auswirkungen der Teilung für Mensch, Wirtschaft und Natur. Sie zeigt das Zusammenwachsen nach der Öffnung und wagt einen Blick in die Zukunft. In Videointerviews berichten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen vom Leben in der ehemaligen Grenzregion und den Konsequenzen der Teilung. Alle [Informationen zur Ausstellung](#)



GEWACHSEN.GETEILT. GEEINT.GRENGESCHICHTE(N)
aus der ehemaligen innerdeutschen Grenzregion
21. September bis 16. Oktober 2023
Hamburger Rathaus, Rathausdiele, Eintritt frei

Sozialbehörde und Leistungserbringer der Eingliederungshilfe

einigen sich auf Fortsetzung der Rahmenvereinbarung bis 2028

Die Sozialbehörde hat mit sechs Leistungserbringern der Eingliederungshilfe eine Folgevereinbarung über Trägerbudgets unterzeichnet, die Menschen mit Behinderung zugutekommt. Die neuen Rahmenvereinbarungen gelten von 2024 bis 2028.

Vertragspartnerinnen sind BHH Sozialkontor gGmbH, Elbe-Werkstätten GmbH, Evangelische Stiftung Alsterdorf, F&W Fördern & Wohnen AöR, Leben mit Behinderung Hamburg Sozialeinrichtungen gGmbH und Stiftung Das Rauhe Haus.

Unsere Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer: „Alle Menschen sollen die Möglichkeit haben, ihr Leben selbstbestimmt und nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe ist damit eng verknüpft und konnte in den zurückliegenden Jahren mit Hilfe der Trägerbudgets erfolgreich vorangebracht werden. Ich freue mich, dass wir eine Folgevereinbarung unterzeichnet haben, die von gegenseitigem Vertrauen geprägt ist und die Situation von Menschen mit Behinderungen weiter verbessert.“

Dr. Arne Nilsson, Sprecher der Geschäftsführung von F&W: „Die Stadt Hamburg gibt uns die Sicherheit, die wir brauchen, um verlässlich da zu sein für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Behinderungen. Das Trägerbudget wird weiterhin dafür sorgen, dass wir Menschen Teilhabe und Entfaltung ermöglichen können.“

Rolf Tretow, Sprecher der Geschäftsführung der Elbe-Werkstätten: „Das Hamburger Trägerbudget ermöglicht Planungssicherheit, Bürokratieabbau und eine fokussierte, innovative Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe. Dies funktioniert aber nur deshalb so gut, weil es in den letzten zehn Jahren gelungen ist, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Leistungsträger und Leistungserbringern zu entwickeln. Besonders hervorheben möchte ich die vereinbarten Projekte, die den Werkstattbeschäftigten mehr Übergänge in den allgemeinen Arbeitsmarkt im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention eröffnen werden.“

Hanne Stiefvater, Vorständin Evangelische Stiftung Alsterdorf: „Wir freuen uns sehr, dass wir damit Planungssicherheit haben, die es möglich macht, Menschen mit Behinderung darin zu unterstützen, selbstbestimmt und selbstständig zu leben, und gleichzeitig die Strukturen im Quartier inklusiv weiterzuentwickeln.“

Sabine Korb-Chrosch, kaufmännische Vorständin der Stiftung Das Rauhe Haus: „Das Trägerbudget ermöglicht uns unter anderem die Entwicklung einer inklusiven Seniorenarbeit sowie die Neu-Konzeption von Angeboten für junge Erwachsene mit psychischen Erkrankungen. Gestalterisch und gemeinsam mit anderen Trägern an der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe in Hamburg mitzuwirken, freut uns und ist uns ein großes Anliegen.“

Ralph Grevel, Geschäftsführer Leben mit Behinderung Hamburg: „Die Rahmenvereinbarung ist der wesentliche Baustein, den großen

Herausforderungen der Zukunft, insbesondere dem demografische Wandel mit sinkenden personellen Ressourcen, zu begegnen und die Teilhabe und Selbstbestimmung für Menschen mit Assistenzbedarf mit modernen Konzepten sicherzustellen. Mit der Rahmenvereinbarung ist die Grundlage gelegt, die gute Zusammenarbeit des Leistungsträgers und den Leistungserbringern gemeinsam mit und für Menschen mit Assistenzbedarf im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention weiter auszubauen.“

Kay Nernheim, Geschäftsführer des Sozialkontor: „Mit der neuen Rahmenvereinbarung haben wir in den nächsten fünf Jahren einen verlässlichen Rahmen, um Dienstleistungen gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen weiter zu entwickeln und durch sozialräumliche Lösungen eine autonome Lebensführung zu ermöglichen.“

Mit den Trägerbudgets wird eine sozialräumliche und personenzentrierte Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe in Hamburg sichergestellt. Leistungserbringer der Eingliederungshilfe erhalten damit bereits seit 2014 eine Finanzstruktur, die es ihnen ermöglicht, flexibler auf die individuellen Bedarfe von Menschen mit Behinderung zu reagieren und über Projekte innovative Elemente in die bestehenden Leistungsstrukturen zu integrieren. Auf diese Weise wird der Mensch in den Mittelpunkt der Assistenzleistungen gestellt. Zudem erhöht sich für beide Seiten die Planungssicherheit, der Verwaltungsaufwand verringert sich und es können mehr Ressourcen in die Assistenz von Menschen mit Behinderung fließen. Hamburg nimmt mit den Trägerbudgets bundesweit eine Vorreiterrolle bei der Gestaltung einer zeitgemäßen und an den Bedarfen der Menschen orientierten Eingliederungshilfe ein.

Insgesamt stehen in den Jahren 2024 bis 2028 auf Grundlage dieser Trägerbudgets Mittel in Höhe von rund 1,4 Mrd. Euro zur Verfügung.

Kindergrundsicherung: Gute Nachrichten für Eltern behinderter Kinder!

bvkm verhindert erfolgreich massive Verschlechterung

Die Bundesregierung hat gestern den Gesetzentwurf für die Kindergrundsicherung beschlossen. Der Beschluss greift eine Ausnahmeregelung für erwachsene Kinder mit Behinderung auf, die der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm) im Stellungnahmeverfahren zum vorangegangenen Referentenentwurf des Bundesfamilienministeriums gefordert hatte. Durch die neue Regelung ist sichergestellt, dass das Kindergeld – das künftig Kindergarantiebetrag heißen soll – den betroffenen Eltern weiterhin zugutekommt.

„Wir sind überglücklich, dass der Formulierungsvorschlag des bvkm in den Gesetzentwurf der Bundesregierung übernommen wurde“, zeigt sich Beate Bettenhausen, Vorsitzende des bvkm, erleichtert. „Die wichtige finanzielle Ausgleichsfunktion, die das Kindergeld für Eltern von erwachsenen Kindern mit Behinderung hat, bleibt dadurch erhalten.“

In seiner Stellungnahme zum Referentenentwurf hatte der bvkm den geplanten neuen Auszahlungsanspruch kritisiert, der es künftig allen volljährigen Kindern

ermöglicht hätte, die Auszahlung des Kindergarantiebetrages an sich selbst zu verlangen. Bei volljährigen Kindern mit Behinderung hätte diese Auszahlung dazu geführt, dass der Kindergarantiebtrag mit anderen Sozialleistungen, die Menschen mit Behinderung zustehen, verrechnet worden wäre. Die betroffenen Menschen mit Behinderung hätten also kein Mehr an Leistungen gehabt und bei den Eltern wäre der Kindergarantiebtrag gar nicht erst angekommen. Für die Eltern hätte das einen finanziellen Verlust von jährlich 3.000 Euro bedeutet.

„Zum Glück ist es uns gelungen, diese massive Verschlechterung für Eltern von erwachsenen Kindern mit Behinderung zu verhindern“, bekräftigt Beate Bettenhausen. „Volljährige Kinder mit Behinderung sind nun nach dem Kabinettsbeschluss zur Kindergrundsicherung vom neuen Auszahlungsanspruch ausgenommen. Damit ist sichergestellt, dass Eltern, die durch die Versorgung, Betreuung und Unterstützung ihrer erwachsenen Kinder finanziell belastet sind, weiterhin entsprechende Entlastung erfahren.“

Zum Hintergrund

Stellungnahme des bvkm zur Kindergrundsicherung: Die Stellungnahme des bvkm vom 6. September 2023 zum Referentenentwurf des Bundesfamilienministeriums ist auf der Internetseite www.bvkm.de veröffentlicht.

Weiterführende Informationen

Kindergeld für erwachsene Kinder mit Behinderung: Den Eltern eines behinderten Kindes kann auch nach Eintritt der Volljährigkeit ein Anspruch auf Kindergeld zustehen. Voraussetzung hierfür ist, dass die Behinderung vor der Vollendung des 25. Lebensjahres eingetreten und das Kind außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Das ist der Fall, wenn das Kind nicht in der Lage ist, seinen gesamten notwendigen Lebensbedarf durch eigene Mittel, etwa Sozialleistungen oder eine Rente, zu decken. Liegen die genannten Voraussetzungen vor, wird für behinderte Kinder über das 18. Lebensjahr hinaus ohne Altersbeschränkung Kindergeld geleistet.

Der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm) ist der größte Selbsthilfe- und Fachverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen und ihre Angehörigen in Deutschland. In über 280 Mitgliedsorganisationen sind 27.000 Familien organisiert.

www.bvkm.de

Die **Pressemitteilung** finden Sie zum Download auch auf unserer Homepage: www.bvkm.de/presse

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

Abgeordnetenbüro
Regina Jäck
Neusureland 107
22159 Hamburg
Deutschland

040-74214997

